



Information

Erlensee, den 08.12.2011

CDU-Fraktionsvorsitzender Max Schad Haushaltsrede 2012

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Vorsitzender,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Hinter uns liegt ein Jahr, das einmal mehr von einer hektischen und zuweilen unverständlichen Weltwirtschaft geprägt war. Deutschland ist es gelungen, sich gegen den Trend zu stemmen und hat an vielen Stellen hervorragende Kennzahlen vorzuweisen. Ein starkes Wirtschaftswachstum - in Hessen gleich über 4 Prozent im ersten Halbjahr - steigende Steueraufkommen und eine deutlich sinkende Arbeitslosigkeit.

Nur so recht freuen will sich darüber keiner. Immer deutlicher ist allen Beteiligten geworden, dass wir nicht auf einer Insel der Glückseligkeit leben, sondern nur allzu schnell vom weltweiten Strudel der Finanzwirtschaft mitgerissen werden können. Die Garantien, die wir Deutsche aufbringen müssen, beunruhigen. Wer weiß, was passiert. Am Ende stehen wir hier, der Ernstfall ist eingetreten und wir gehen in die Haftung. Dann wird sich auch in Erlensee einiges ändern. Hoffen wir, dass dies nicht der Fall sein wird und die wirtschaftliche Entwicklung weitergeht wie bisher.

Wir dürfen uns nichts vormachen, der Haushalt für das Jahr 2012 ist auf Kante genäht. Uns ist bewusst, dass schon eine kleine Veränderung der Rahmenbedingungen große Folgen für den Haushalt haben kann. In das Netz globaler Verstrickungen und Abhängigkeiten sind die Kommunen eingebunden. Die Pleite einer kleinen Bank in Griechenland kann zu einem Domino-Effekt und letztlich auch zum Kollaps kommunaler Haushalte führen. Nur haben wir keinen Einfluss drauf.

Dankbar können wir sein, dass wir es mit einer, im Vergleich zu anderen Staaten, höchst sozialen Bürgerschaft zu tun haben. Die Menschen verstehen, dass sie Steuern zahlen müssen, um ein Allgemeinwesen erfolgreich organisieren zu können. Dies haben wir Staaten wie Griechenland voraus.

Aber auch wir in Deutschland haben unsere Sorgen. In NRW hat bereits die erste Bank klammen Kommunen dieses Jahr den Geldhahn zugekehrt. Die WL-Bank mit Sitz in Münster vergibt keine Kredite mehr an überschuldete Städte und Gemeinden. Andere Banken wie die

KfW haben Obergrenzen für die Kreditaufnahme eingeführt. Dies ist auf die zugespitzte Schuldenlage im öffentlichen Sektor zurückzuführen. Nicht nur Griechenland ist nicht mehr in der Lage, seinen Verbindlichkeiten nachzukommen.

Davon sind wir in Erlensee weit entfernt - das steht außer Frage. Aber es gelingt uns auch in diesem Jahr nicht, einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen. Es ist auch angesichts des Strukturrahmens kaum leistbar, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Andererseits - und da haben sicherlich alle Fraktionen die gleiche Erfahrung gemacht - schmeißt hier niemand das Geld mit offenen Händen raus, in jedem Gemeindevertreter hier im Saal läuft im Hintergrund die Schuldenuhr gedanklich mit, wenn über Vorschläge nachgedacht wird. Eine Selbstdisziplin ist in diesem Haus schon zu erkennen.

Andererseits haben hier alle verstanden, dass Gemeinschaft nur gelingt, wenn neben den Pflichtaufgaben, die eine Gemeinde hat, die Anlässe geschaffen werden, um Gemeinschaft entstehen zu lassen und sie zu pflegen: In den Hallen, auf dem Sportplatz, in den Kindergärten, den Feuerwehrhäusern oder im Schwimmbad. Gemeinde ist kein Selbstzweck, sie ist kein Unternehmen und sie ist kein Gemeinwesen, das sich ausschließlich an Hand von Zahlen festmachen lässt. So handeln wir auch. Dies darf kein Vorwand - dafür sein, Unachtsamkeit bei den Zahlen walten zu lassen. Aber andersherum - wer Gemeinde nur auf der Basis von Zahlen betrachtet, hat nichts verstanden. Ich bin meiner Fraktion dankbar, dass sie dies verinnerlicht und im Rahmen einer Diskussion auf hohem Niveau über den Haushalt diskutiert hat und mit einem sehr festen Meinungsbild in das kommende Jahr gehen wird.

Es ist müßig hier an dieser Stelle über die Ursachen nach wie vor hoher Sozialleistungen und die Notwendigkeit einer Gemeindefinanzreform zu diskutieren, wir müssen uns auch in diesem Jahr wieder darauf beschränken als letztes Glied einer Kette die Auswirkungen der angesprochenen Ereignisse zu bewältigen.

Wir profitieren dabei von hohen Zuweisungen. Vermutlich sind das die höchsten Zuweisungen, die die Gemeinde jemals erhalten hat. Ich kann mich noch gut erinnern, wie im letzten Jahr - pünktlich zum Kommunalwahlkampf - eine unsachliche Kampagne der Kreis-Sozialdemokratie über uns hinweg gerollt ist: Das Ausbluten der Kommunen wurde herbeigeschrien - und Schuld daran habe die christlich-liberale Regierung auf Landes- und Bundesebene. Wie wenig zielführend das alles ist, zeigt sich, wenn wir die Rekordzuweisungen sehen und feststellen müssen, dass wir noch immer weit davon entfernt sind, unseren Haushalt auszugleichen. Machen wir uns nichts vor: Wir müssen aufhören, den Bürgern zu suggerieren, dass die staatliche Umverteilungsmaschinerie noch in der Lage ist, strukturell finanzschwachen Kommunen nachhaltig zu helfen angesichts der hohen Verschuldung in Bund und Ländern. Vielmehr müssen wir darauf hinweisen, dass das was von den höheren staatlichen Ebenen bestellt wird, auch bezahlt wird. Das können wir verlangen.

Ich habe gehört, dass diejenige auf Kreisebene, die nicht müde werden, vom Ausbluten der Kommunen zu schreien, bald schon die Kreisumlage noch mal erhöhen wollen, dann bis zum Anschlag. Auf traurige Weise erhalten wir dann Planungssicherheit - wir sind dann am Höchststand angelangt und wissen, dass es höher nicht geht. So viel zum Thema Ausbluten der Kommunen. Herr Pipa würde jetzt sagen: Wir müssen uns wehren, lasst uns zum Kreishaus fahren und ordentlich Rabatz machen, damit die da oben merken, was sie da eigentlich machen.

Welche Möglichkeiten haben wir, eine tragfähige finanzielle Zukunft für unsere Gemeinde zu gestalten? Die alte Möglichkeit, Ausgaben zu kürzen stößt - wie gesagt - an ihre Grenzen. Wir alle wollen Erlensee für Einwohner und Gäste attraktiv halten. Dazu haben wir auch in diesem Jahr wieder einiges auf den Weg gebracht. Ansonsten geht die Gemeinde die aus meiner Sicht einzig richtige Strategie - nämlich die des Wachstums. Unser Konzept ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen, neue Gewerbegebiete zur Verfügung zu stellen, Wohngebiete einzurichten und die Einwohnerzahl und damit auch die Einnahmen zu erhöhen. Wir haben dies in den zurückliegenden Jahren konsequent betrieben und so langsam fügen sich die vielen Einzelmaßnahmen zu einem sehr kohärenten Bild zusammen - von dem ich überzeugt bin, dass es eine Erfolgsgeschichte wird. Mit dem Ergebnis, dass wir einen stabilen Haushalt uns selbst erarbeiten können, der sich selbst trägt. Darauf arbeiten wir hin und das ist auch der rote Faden, an dem sich Gemeindevorstand und Verwaltung entlang arbeiten. Früher in den bleiernden Jahren hatten wir den Ruf, keinen roten Faden zum Erfolg zu haben, heute ist er klar erkennbar. Das stimmt hoffnungsvoll.

Wir sollten mutig den Bürgern unserer Gemeinde sagen, dass es nur zwei Möglichkeiten gibt: Massiv Bewegung über Investitionen in Erlensee zu bringen - dann steigen die Einnahmen aus Gewerbesteuer, Grundsteuer, etc. - oder strukturell die Gemeinde dem Ausverkauf preiszugeben. Diesen Weg gehen wir nicht mit. Erst wollen wir sehen, dass der Weg über die Investitionen nicht trägt. Und genau das tun wir jetzt.

Unser Gewerbegebiet an der A 45 füllt sich immer besser, das Wohngebiet am Kreuzweg nimmt konkrete Formen an, an allen Ecken und Enden entstehen neue Geschäfte, das Herzstück der Entwicklung - unser Fliegerhorst nimmt konkrete Züge an, auch in diesem Jahr geht die Wachstumsplanung unvermindert weiter. Der Antrag der Grünen, die Planungsmittel für das Baugebiet Beune II zu streichen, irritiert da etwas.

Genau dies ist die richtige Strategie: Nicht darauf warten, dass die Kohle aus Wiesbaden oder Berlin kommt, sondern selbst machen. Auf die Entwicklung, die wir angestoßen haben, können alle Beteiligte stolz sein. Für die CDU zeigt sich, dass es richtig war, das neue Wohngebiet zu unterstützen, dass es richtig war, für das Gewerbegebiet an der A 45 einzutreten - wo wir mit Dachser, Honda und Heinemann schon gute Unternehmen haben und dass es gut war, für die städtebauliche Entwicklung Geld in die Hand zu nehmen. Es ist die sowohl als auch Strategie - sowohl Lebensqualität als auch Wachstum. Sie ist in meinen Augen der Schlüssel für eine gute Zukunft der Gemeinde. Noch ist die Entwicklung mitten drin, bei den prognostizierten Zahlen neuer Arbeitsplätze bin ich lieber erst einmal vorsichtig, aber die Perspektive stimmt. Es zeigt sich daher auch, dass es richtig war, zentrale Entscheidungen für die Gemeinde wie die eben erwähnten, zumeist in großer Übereinstimmung zu treffen. Und es zeigt sich, dass es richtig war, massiven Einschnitten in unsere soziale Infrastruktur, wie sie hier immer wieder vorgelegt wurden, zu widerstreben. Es geht jetzt darum, Gewerbe schnell anzusiedeln und vor allen Dingen solche Unternehmen, die hier auch Gewerbesteuer zahlen. Gelingt uns das, muss uns um die finanzielle Zukunft auch nicht bange sein.

Eine Krönung der Bemühungen wird sicherlich die Verleihung der Stadtrechte im kommenden Jahr sein. Ich habe gehört, dass die ganze Angelegenheit auf einem guten Weg ist. Wir wünschen Aloys Lenz für seinen Einsatz in Wiesbaden weiterhin viel Erfolg in unserem Sinne.

Ein wichtiger Meilenstein ist aus Sicht der CDU die Entscheidung zum Sportzentrum, die wir schon lange gefordert haben und dazu vor einigen Jahren auch einen entsprechenden Antrag eingebracht haben. Mit der Entscheidung über einen Neubau des Sportzentrums können wir

den vielen Erlenseer Bürgern, die das Sportzentrum nutzen, endlich eine klare Perspektive geben. Die Zeit des heruntergekommenen Sportzentrums ist bald vorbei. Wir können den Bürgerinnen und Bürgern bald eine moderne Sportanlage bieten, für die wir uns nicht mehr schämen müssen. Der Umzug des Sportzentrums auf den Fliegerhorst hat sich durchgesetzt, wichtig war und ist der CDU, dass die Sportvereine hierbei eng eingebunden werden müssen, und so wurde es ja auch von diesem Parlament beschlossen.

Mit der Eröffnung des Hallenbads vor einigen Tagen hat auch diese Angelegenheit ein gutes Ende genommen. Wir erwarten jetzt, dass wir uns das Geld von den Versager-Firmen zurückholen, das uns zusteht. Wir vertrauen dem Gemeindevorstand, dass er die entsprechenden Maßnahmen, insbesondere die Klageverfahren in aller Entschlossenheit auf den Weg bringt.

Wichtig war der CDU von Anfang an ein Schwimmbad, bei der die Bürgerfreundlichkeit an erster Stelle steht. Wir freuen uns, dass wir eine durchgängige Öffnungszeit des Schwimmbads durchsetzen konnten, die ja heute auch zur Abstimmung steht. Wir hoffen, dass sich die anderen Fraktionen der Erweiterung der Öffnungszeiten zustimmen. Ein Dank gilt hier den drei CDU-Beigeordneten Birgit Behr, Werner Cwielong und Horst Elverfeld aber auch der Fraktion mit ihren Fürsprechern rund um Horst Pabst für ihre Überzeugungsstärke. Ein Dank gilt auch dem Bürgermeister Erb für seine Kompromissfähigkeit und seine Bereitschaft zu einem fairen Gespräch. Wir sind gespannt, wie das Hallenbad und die phantastisch gewordene Sauna bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen. Und wir sind zuversichtlich, dass die Ergebnisse uns in dem Entschluss bestärken, neues Leben und nicht die Abrissbirne in das Hallenbad geholt zu haben.

Auf gutem Wege sieht die CDU auch die Frage der Kinderbetreuung in der Gemeinde. Von den Zahlen her, sind wir in der Region sehr gut aufgestellt. Dies kostet viel Geld - und machen wir uns nichts vor - es wird nicht billiger. Im Gegenteil, die geplante neue Kindertagesstätte für den Kreuzweg kostet uns wieder einen Betrag von 1,2 Mio. Euro. Aber klar ist auch, dass wir benötigte Kinderbetreuungsplätze vorhalten müssen. Gerade im U3-Bereich wird sich in der Zukunft erheblicher Bedarf ergeben. Und dies nicht nur unter der Prämisse, dass es uns gelingt, viele junge Familien neu in die Gemeinde zu holen. Allein durch ein gewandeltes Bewusstsein der Menschen bei der Kinderbetreuung. Betreuungseinrichtungen - gerade im U3-Bereich werden heute schon längst nicht mehr als Einrichtungen für Rabenmütter empfunden. Sie sind anerkannt und wir akzeptieren endlich, dass sie dazu gehören, um den Menschen und gerade den Müttern ihren individuellen Lebensentwurf zu ermöglichen. Dies führt zu einer höheren Nachfrage, die wir bedienen werden müssen. Gut ist, dass wir uns mit der Betreuungseinrichtung am Kreuzweg noch ein Jahr länger Zeit lassen können, da das Wohngebiet im kommenden Jahr soweit ist. Der Antrag der CDU deckt sich hier mit der Intention der Grünen sowie des Gemeindevorstands. Insofern breite Übereinstimmung an dieser Stelle. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Zudem gewinnen wir Zeit, um uns mit der Bedarfsanalyse genauer zu beschäftigen.

Mit einem Antrag will sich die CDU Fraktion an das Thema Feuerwehr machen. Wir wollen Mittel bereitstellen, um eine Machbarkeitsstudie zur Planung und zur Standortsuche eines neuen Feuerwehrhauses zu erstellen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Ziel soll sein, noch in diesem Jahrzehnt ein neues gemeinsames Feuerwehrhaus der Erlenseer Wehren einweihen zu können. Auch hier gilt es, die Anforderungen der Feuerwehren in Zeiten sinkender Tagesalarmbereitschaft und tendenziell abnehmender Aktiven-Zahl zu verbinden mit der Optimierung der Anfahrtszeiten. Auch die Anforderungen, die der Fliegerhorst mit

seiner Entwicklung an uns stellt, muss berücksichtigt werden. Kurzum, es geht um die Schaffung von Synergien, um einen leistungsfähigen Brandschutz in Erlensee vorhalten zu können. Gleichzeitig sollen die Feuerwehren eingebunden werden. Nichts soll über die Köpfe der beiden Wehren in Rückingen und Langendiebach geschehen. Mit dem Neubau einer gemeinsamen Feuerwehr haben wir die Chance, den Brandschutz zu modernisieren und Strukturen zu optimieren. Gleichzeitig können wir Platz schaffen für die benötigte Vergrößerung des Bauhofs. Wir hoffen auf die Unterstützung der anderen Fraktionen.

Ein Thema, das uns in den kommenden Wochen beschäftigen wird - und bei dem wir dringend aufpassen müssen, dass die Erlenseer Interessen gewahrt bleiben - ist das Thema Grundschulen. Aus dem Schulentwicklungsplan geht hervor, dass die Grundschule in Langendiebach seitens des Kreises zur Disposition steht. Es heißt dort, dass der Sanierungsaufwand dort bei 2 Mio. Euro liegt und sich eine Sanierung nicht mehr lohnt. Im Gespräch ist u.a. eine Zusammenlegung der Grundschulen bei Schließung der Langendiebacher Schule. Wir hatten die Gelegenheit, mit Schulleiterin Preiser über die Angelegenheit zu sprechen. Über die Planung ist sie nicht informiert. Dies kann so nicht sein. Der Kreis muss zukünftig darauf achten, die Betroffenen einzubinden, wenn Pläne vorbereitet werden, die schon bald umgesetzt sein könnten. Die CDU tritt für einen Erhalt der Langendiebacher Grundschule und gegen eine fragwürdige Zentralisierung ein, die von der Schulgemeinde in Langendiebach nicht gewünscht ist und sicherlich nicht in einem modernen Schulzentrum, sondern eher in Provisorien endet. Die Gemeinde Erlensee ist bei der sicherlich einsetzenden Diskussion auf Kreisebene aufgerufen, die Interessen der Kommune zu vertreten. Dies gilt auch für die Kreistagsabgeordneten und insbesondere für die Kollegen der Grünen, die ihrem Dezernenten Zach keinesfalls zusehen sollten, wenn der Kreis Entscheidungen trifft, die nicht im Sinne Langendiebachs ist. Und vom Kreis erwarten wir, dass er für die Kreisumlage in Erlensee etwas leistet und hier Geld in die Hand nimmt, den steinzeitlichen Zustand in der Schule beendet und bessere Lernbedingungen ermöglicht. Wir sollten 120 jährige Schultradition in diesen Räumlichkeiten, die eine ganz wohnortnahe Beschulung ermöglicht, nicht so einfach auslaufen lassen. Meine Fraktion wird dazu in der kommenden Sitzung einen entsprechenden Antrag einbringen. Wir sollten uns als Parlament wenn möglich gemeinsam positionieren.

Ein weiterer Antrag liegt der CDU-Fraktion am Herzen. Wir möchten eine Machbarkeits- und Bedarfsstudie auf den Weg bringen, um eine Entlastungstangente zwischen dem neuen Wohngebiet am Kreuzweg und dem Zubringer des Langenselbolder Dreiecks zeitnah zu bauen. Wir erwarten eine erhebliche Mehrbelastung durch innerörtlichen Verkehr im Zuge des Neubaugebiets sowie der Fertigstellung des Gewerbegebiets mit seinen Arbeitsplätzen. Insbesondere Straßen wie etwa die Theodor-Heuss-Straße sind nicht leistungsfähig genug. Zudem wollen wir den Anwohnern keinen zusätzlichen Verkehrslärm zumuten. Der Charakter der Wohnstraßen soll gewahrt bleiben. Durch die Schaffung einer solchen Straße entlasten wir gleichzeitig Straßen wie etwa die Langendiebacher Straße, da der aus dem Ort herausfließende Verkehr eine weitere Variante hat und sich besser verteilen wird.

Mit dem Bau dieser Tangente wird aus Sicht der CDU ein letzter großer Mosaikstein im Verkehrskonzept ergänzt und unser bereits heute gutes Straßennetz ist noch einmal erheblich optimiert. Dies ist ein weiteres Pfund, mit dem Erlensee wuchern und sich für Investoren und Neubürger empfehlen kann. Ein Dank geht hier an Horst Elverfeld für seinen Einsatz in der Sache.

Skeptisch bleibt meine Fraktion bei der Frage der Rathaussanierung. Anders als die vielen Projekte, die wir nun stemmen, hat das Rathaus hauptsächlich interne Wirkung. Wir sind der Meinung, dass wir die zur Verfügung stehenden Mittel zuerst dort investieren sollten, wo sie einen Mehrwert für die Entwicklung Erlensees bringen. Das Rathaus ist da nicht an erster Stelle. Auch wenn eine Aufhübschung und energetische Sanierung sicherlich wünschenswert wäre, trägt die sehr teure Maßnahme wenig dazu bei, die Zukunftsfragen der Gemeinde zu beantworten. Wir wollen hier andere Akzente setzen und sind der Meinung, dies auch im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu tun. Sie sollen durch die Maßnahmen der Gemeinde zu aller erst einen Mehrwert haben. Das Argument, durch eine Sanierung können wir Energiekosten sparen, überzeugt uns nicht. So viel heizen können wir gar nicht, bis sich die Millionen-Sanierung amortisiert. Deshalb haben wir einen Antrag gestellt und abermals die Verschiebung der Sanierung geplant. Beim Antrag der SPD, einen Sperrvermerk auf die Planungsleistung des Rathauses zu setzen, enthalten wir uns. Einerseits sind wir gegen eine Sanierung zum aktuellen Zeitpunkt, andererseits kostet eine Planungsanfrage an eine Fachhochschule zunächst nichts. Zu gegebenem Zeitpunkt, wenn wir genaueres wissen über das Angebot, werden wir darüber ja noch einmal beraten und uns dazu äußern.

Ein weiterer Antrag der CDU greift die aktuelle Entwicklung im Bereich der Sachbeschädigung und des Diebstahls auf. Um eben flexibel und unabhängig von Dienstplänen reagieren zu können und die Bekämpfung, Verfolgung und Unterstützung bei der Aufklärung von Straftaten effektiver angehen zu können, wollen wir 20.000 Euro in diesem Jahr einstellen, um einen privaten Sicherheitsdienst zu engagieren. Dies ist keinesfalls als dauerhafter Polizeiersatz zu sehen, sondern es geht um eine zeitlich beschränkte Unterstützung mit dem Ziel, diejenigen, die die Gemeinschaft immer wieder mit Vandalismus nerven und schädigen, endlich zu stoppen. Das Argument, das sei Aufgabe der Polizei, halte ich für nicht lösungsorientiert. Natürlich ist grundsätzlich die Polizei zuständig, allerdings kann die Polizei sich einer solchen Sache sicherlich nicht so intensiv widmen, wie wir das gerne möchten. Vor allen Dingen hilft uns das Argument nicht bei der Lösung des Problems weiter. Gerade nachts und in unbequemen Zeiten können wir so ein Zeichen setzen und es ist sehr wahrscheinlich, dass sich ein solcher Einsatz in den einschlägigen Kreisen rumspricht. Wir bitten im Sinne der Sicherheit vor Ort um Zustimmung.

Skeptisch sind wir hingegen beim zusätzlichen Ordnungspolizisten. Klar ist, dass wir Menschen brauchen, die sich um die Ordnung kümmern. Wir sind mit zwei Ordnungspolizisten grundsätzlich einverstanden. Einen dritten können wir uns nicht leisten. Wir sehen ein, dass für eine Übergangszeit eine neue Person eingearbeitet werden muss. Für die Anlernphase wären wir bereit, zeitweise nach oben zu gehen im Stellenplan. Wir sind gegen die dauerhafte Installation einer dritten Ordnungskraft, mit allen zusammenhängenden Kosten. Entsprechend haben wir einen Antrag gestellt.

Ich möchte an dieser Stelle noch etwas zu den anderen CDU-Anträgen sagen: Mit Antrag 1 wollen wir allen Neugeborenen eine 11er Karte für das Schwimmbad zusagen als Begrüßungsgeschenk bereitstellen. Dies ist eine schöne Geste an die Eltern und eine gute Möglichkeit, unser neu renoviertes Hallenbad kennen zu lernen. So lassen sich gerade wegen dem neuen Baby- und Kinderbecken neue Stammgäste gewinnen.

Zu den Anträgen 2, 3, 4, 5, 9 und 10 habe ich bereits etwas gesagt.

Mit Antrag 6, den wir fortbestehen lassen, wollen wir ein Ziel formuliert haben, dass zukünftig das Formularangebot auf der Internetseite weiter ausgebaut wird, um damit unnötige

Behördengänge zu vermeiden und eine Vorabinformation bereit zu stellen, damit die Bürgerinnen und Bürger besser vorbereitet auf die Verwaltung kommen können. Noch gibt es Lücken im Internetangebot der Gemeinde, noch nicht alle Formulare sind online. Es ist nur konsequent dies weiterzuführen und durch die Formulierung des Ziels dies auch transparent für alle zu dokumentieren. Es gibt nichts was gegen den Antrag sprechen würde. Wir gehen davon aus, dass wir hier Zustimmung finden.

Antrag 7, die Newsletter für die Gemeinde haben wir zurückgezogen. Wir wollen abwarten, wie sich das Ratsinformationssystem entwickelt, das die Gemeinde momentan vorantreibt. Vielleicht lässt sich unser Gedanke, eine bessere Information der Bürger über aktuelle Entwicklungen in der Gemeinde zu ermöglichen, über das Ratsinformationssystem ebenfalls organisieren. Wenn nicht, stellen wir den Antrag im kommenden Jahr nochmal.

Antrag 8 habe ich bereits angesprochen. Hier geht es um die Öffnung des Hallenbads über den Mittag und zum Wochenende. Mit der Vorlage zum Personal trägt der Gemeindevorstand unserem Ansinnen ja bereits Rechnung. Wir würden uns freuen, wenn die anderen Fraktionen dies ebenfalls so sehen.

Zu den anderen Anträgen:

Den Anträgen des Gemeindevorstandes stimmen wir zu. Dies beinhaltet auch den Antrag zum Investitionskostenzuschuss zur Renovierung der Großsporthalle. Wir hatten diese Woche nochmal die Gelegenheit als Fraktion, uns ein Bild von der Situation, insbesondere von den Sanitäranlagen zu machen. Die Sanierung ist mehr als sinnvoll, die Kostenbeteiligung müssen wir wohl im Sinne der Erlenseer Vereine akzeptieren.

Dem Antrag der SPD, den Hebesatz der Grundsteuer von 300 auf 320 Punkte zu erhöhen, stimmen wir mehrheitlich zu. Die Abstimmung darüber haben wir allerdings freigegeben, weil wir in der Frage nicht einig geworden sind. Meine persönliche Meinung zu dem Antrag ist, dass er sinnvoll und maßvoll ist. Angesichts des Mehrwerts, den wir in Erlensee in der zurückliegenden Zeit geschaffen haben und angesichts des Finanzbedarfs ist eine maßvolle Anpassung aus meiner Sicht im Rahmen. Mein Dank geht an die SPD-Fraktion dafür, dass sie sich der Frage gestellt hat und sich mit dem Antrag an die Öffentlichkeit geht.

Dem SPD-Antrag 2 zu den erneuerbaren Energien stimmen wir zu. Bei SPD-Antrag 3, den Planungskosten fürs Rathaus enthalten wir uns wie gesagt.

Antrag 1 der Grünen ist zurückgezogen. Antrag 2, die Streichung der Planungskosten für das Baugebiet Beune II ist entgegen unserer Auffassung von Strukturpolitik in Erlensee, wie ich sie dargelegt habe. Wir sind für Entwicklung und für Fortschritt, wir sind für das Baugebiet, deshalb lehnen wir den Antrag ab.

Antrag 3, die Streichung des BOS-Digitalfunks erfolgt aus sehr nachvollziehbaren Gründen. Die verschleppte Einführung ist wahrlich keine Erfolgsgeschichte. Für dieses Jahr wurde uns von verschiedenen Stellen zugesichert, dass die Geräte eintreffen werden. Wir glauben an die Zusicherungen und lehnen den Antrag ab, sollte der Antrag im nächsten Jahr nötig werden, werden wir zustimmen.

Antrag 4, die Klimaanlage lehnen wir ab.

Antrag 6, die Abschaffung des bewährten und sinnvollen Freiwilligen Polizeidienstes können wir nicht nachvollziehen, ihre Begründung ist nicht belegbar und erscheint aus der Luft gegriffen. Der Polizeidienst leistet hier kostengünstig sehr gute Arbeit, sprechen sie mal mit den Polizeihelfern. Es wäre sogar sinnvoll, ihn noch deutlich zu erweitern. Den Antrag lehnen wir ab.

Gleiches gilt für die Streichung der Büromöbel (7) und der Stühle für die Fallbachhalle (8), die benötigt werden.

Antrag 9, die Pfandschlösser fürs Hallenbad wurden zurückgezogen, genauso die Reduzierung der Wahllokale (11).

Der 12. Antrag, das Anbieten der Dächer der Feuerwehr für Solaranlagen wäre grundsätzlich sinnvoll. Er kollidiert aber mit unserem Ansinnen, ein neues Feuerwehrgerätehaus zu bauen. In diesem Fall wäre eine Amortisationsphase nicht mehr gegeben und die Idee macht keinen Sinn mehr. Wir lehnen den Antrag daher ab. Ich finde es aber gut, dass die Grünen das Thema Bürgersolaranlage noch mal auf den Tisch gebracht haben. Das Thema wird sicherlich im Rahmen der Debatte zur Energieversorgung noch mal besprochen werden. Vielleicht gelingt es ja, ein solches Projekt vor Ort anzustoßen.

Insgesamt setzt der Haushalt für das kommende Jahr aus unserer Sicht die richtigen Schwerpunkte und folgt dem beschriebenen roten Faden. Wir investieren weiter in Entwicklung und Wachstum, wir setzen Schwerpunkte bei der Kinder- und Jugendbetreuung, fangen Ausfälle anderer gesellschaftlicher Gruppen in diesem Bereich auf. Wir schmeißen das Geld nicht aus dem Fenster raus, haben Einsparpotentiale im Blick und halten die Gemeinde trotz aller Sparzwänge attraktiv.

So wenig neue Schulden wie möglich, so viele neue Maßnahmen wie nötig, das war die Orientierung unserer Fraktion auf dem Weg, einen vor den Bürgern dieser Gemeinde gut zu verantwortenden Haushalt aufzustellen. Weder Totsparen noch Schuldenüberhäufung führen zum Ziel - der Weg dorthin liegt genau in der Mitte.

Die Gemeinde ist auf einem guten Weg zu einer selbstbewussten, wirtschaftlich attraktiven Stadt. Diesen Weg unterstützen wir auch weiterhin und werden ihn auch weiterhin mitgestalten. Dem Haushalt mit seinen Anlagen werden wir deshalb zustimmen.

Ein Dankeschön möchte ich insbesondere meinen Stellvertretern Horst Pabst, Michael Knieps und Werner Beier für die Unterstützung zukommen lassen.

Herzlichen Dank.

Max Schad